

## Das Erreichte sichern:

### Mut zu notwendigen Entscheidungen

#### **Rede von Ratsmitglied Ludger Reffgen, „Bürgeraktion Hilden“, in der 5. Ratssitzung am 17. März 2010 zur Haushaltssatzung 2010 und zur mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2013:**

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

weil im Laufe der Haushaltsplanberatungen die politischen Positionen hinlänglich ausgetauscht worden sind, wird die „Bürgeraktion Hilden“ heute dem Versuch widerstehen, zum tausendsten Mal daran zu erinnern, dass auf dem Schuldenberg ein eisiger Wind weht.

Nur soviel sei dazu gesagt: Als Ergebnis der letzten Wochen bleibt festzuhalten, dass es der Haupt- und Finanzausschuss vor vierzehn Tagen verstanden hat, mit ein paar Beschlüssen das diesjährige Defizit von 6,3 auf 8,5 Mio. Euro zu erhöhen. Und das, ohne auch nur mit einem zusätzlichen Euro den vom Stadtkämmerer festgestellten Sanierungsaufwand beim Straßen- und Kanalnetz zu berücksichtigen!

Die Verschuldungssituation der Stadt und ihrer zahlreichen Tochtergesellschaften ist hinlänglich bekannt. Die wirtschaftlichen Prognosen und die daraus resultierenden Einnahmeerwartungen sind alles andere als gut. Das „Prinzip Hoffnung“ mag für Theologen oder Philosophen gelten, in der Finanzpolitik zählen nur Tatsachen und harte Fakten.

Aber dennoch legt diese Stadt ein Konsumverhalten an den Tag, mit dem jede Familie bei der Schuldnerberatung landen würde!

Der Haupt- und Finanzausschuss hat aus dem maßlosen Ausgabeverhalten der letzten Jahre und in einer erstaunlichen Einsicht in die Unfähigkeit, sich selbst am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, einen auf den ersten Blick ebenso selbstkritisch wie vernünftig anmutenden Schluss gezogen: Er hat auf Vorschlag der BA mehrheitlich angekündigt, sich einer Therapie unterziehen zu wollen und dazu einen Therapeuten zu konsultieren.

Das machte Hoffnung, hätte der Anfang zur Besserung sein können, nunmehr endlich Ausgabendisziplin zu praktizieren. Doch bevor wir gemeinsam den ersten Beratungstermin wahrnehmen, sind Sie der Meinung, noch mal auf die „Kirmes“ zu müssen, um das Letzte, was noch in der Geldbörse ist, auf den Kopf zu hauen, noch einmal die Puppen tanzen zu lassen.

Dabei nehmen Sie bewusst in Kauf, dass sich damit die Ausgangssituation für eine Gesundung unserer Finanzen nochmals spürbar verschlechtert. Und demjenigen, von dem Sie externe Hilfe erwarten, wird die Arbeit damit nebenbei noch schwerer gemacht, als sie ohnehin schon ist.

Wir machen Schulden, als gäbe es kein morgen, frei nach dem Motto: „Ab morgen müssen alle sparen, deshalb hauen wir jetzt noch jede Menge Kohle raus.“ Wir alle gleichen damit Süchtigen, die hoch und heilig versprechen, sich ab morgen in die Therapie zu begeben, denen man aber doch heute und jetzt das kleine Tröpfchen nicht verwehren könne. Überdies kurbele man damit ja auch buchstäblich die lokale Wirtschaft an!

Wer so handelt, muss sich fragen lassen, ob er tatsächlich an wirkungsvoller Hilfe interessiert ist oder ob es ihm nicht an Einsicht in die erforderliche Selbstbeschränkung mangelt?

Wenn sich ein Patient als therapieunfähig erweist, dann kann ein Arzt die Behandlung aus gutem Grund ablehnen. Vor diesem Hintergrund hat die BA sich ganz aktuell dazu entschlossen, unseren Antrag auf Beauftragung eines externen Gutachters zur Durchleuchtung und Konsolidierung

der städtischen Finanzen heute zurückziehen. Wir müssen leider erkennen, dass es angesichts der ungebrochenen Großmannssucht bei der Mehrheit dieses Rates nicht die Spur von ernstzunehmender Bereitschaft gibt, beim Geldausgeben Zurückhaltung zu üben.

Gleichwohl wird die BA sich auch künftig an allen sozial ausgewogenen Initiativen beteiligen, die darauf zielen, die städtischen Finanzen zu gesunden und die Stadt handlungsfähig zu erhalten. Pauschales Kürzen ohne dadurch Qualitätseinbußen auszulösen, wird faktisch – entgegen anders lautender Ansagen – nicht möglich sein. Viele Menschen machen sich in diesem Zusammenhang Sorgen um die künftige Attraktivität der Stadt. Wir nehmen diese Sorgen ernst und werden besonders darauf achten, dass einseitige Belastungen unterbleiben und soziale Einrichtungen, die sich um Menschen in Not kümmern, z. B. nicht mit einer unsäglichen „Stückkosten-debatte“ überzogen werden.

Genauso wenig werden wir bereit sein, einseitig und vorschnell die Kultur zur billigen Melkkuh der kommunalen Finanzkrise zu machen.

Vor dem Hintergrund, dass viele Städte ihre Haushaltslöcher durch Aufgabe, Schließung oder den Verkauf von öffentlichen Einrichtungen stopfen wollen, halten wir es allerdings für keine ungebührliche Forderung, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt vorübergehend „zuzumuten“, sich mit der bestehenden Ausstattung und dem Erhalt der kommunalen Infrastruktur zu begnügen. Das bedeutet eine klare Absage an zusätzliche, neue, kostenträchtige Einrichtungen. Es bedeutet zugleich die ernüchternde Einsicht, dass zurzeit die Sicherung des Erreichten das Maximum des Erreichbaren ist. In schlechten Zeiten müssen wir enger zusammenrücken!

Der Rat sollte sich hüten, sich für die Verwirklichung von Egoismen einspannen zu lassen. Die Glaubwürdigkeit bleibt dabei auf der Strecke. Die BA ist jedenfalls nicht bereit, sich unter Druck setzen zu lassen: Weder von Schulleitern, die die demografische Entwicklung ebenso ausblenden wie die zur Disposition stehenden Grundschulstandorte, noch von Vereinsvorsitzenden, die mit Einführung der Offenen Ganztagschule ihre Jugendarbeit gefährdet sehen!

Wir sind in einer Zeit des Umbruchs, in der einige Morgenluft wittern und glauben, von einer allgemeinen Verunsicherung und diffusen Informationslage profitieren zu können. Mit Fair Play und ritterlichem Geist ist es, wie wir wissen, im Ernstfall nicht weit her. Da regieren die Gesetze der Ellenbogengesellschaft, da sind Geld und das berühmte 11. Gebot („Du sollst dich nicht erweichen lassen“) allemal wichtiger als jede sportliche Ethik.

Ist das die neue Bescheidenheit, die der jungen Generation als Vorbild dienen und mit der eine Durststrecke überwunden werden könnte?

Wie es weitergehen soll, wenn alle Rücklagen aufgebraucht sind, die Kredite der Tochtergesellschaften bedient werden müssen, das Kanal- und Straßennetz nicht länger vernachlässigt werden können und immer mehr Ruheständler mit Pensionszahlungen bedient werden müssen, das wird nicht gesagt, sondern kollektiv verdrängt.

Gewiss, die Feststellung, dass die Stadt über ihre Verhältnisse lebt, taucht selbst in den Reden derjenigen auf, die Jahr für Jahr dafür sorgen, dass die Aufwendungen weiter wachsen. Aber ebenfalls Jahr für Jahr versuchen wir, den Rat zur Solidität zu bewegen – die laufenden Erträge sollen die laufenden Aufwendungen finanzieren –, stoßen dabei aber nur auf Lippenbekenntnisse. An diesem bedauerlichen Zustand ändert auch der Haushalt 2010 leider überhaupt nichts.

„Es gilt einen Weg zu finden, trotz geringerer finanzieller Mittel eine attraktive Stadtstruktur (...) zu gewährleisten“, war vor einigen Wochen im Grußwort des Bürgermeisters zum Jahreswechsel 2009/2010 zu lesen. Fragen drängten sich uns auf: Wollte sich da jemand aufmachen, zu Beginn seiner Amtszeit eine neue Richtung einzuschlagen? Würde der neue Mann im Rathaus den Mut zu notwendigen, klaren, aber eben auch unpopulären Entscheidungen aufbringen und Begehrlichkeiten zurückweisen?

Die Antworten darauf sind ernüchternd.

Wäre es dem Rat gemeinsam mit dem Bürgermeister wirklich ernst um ein solides Wirtschaften, stünden wir alle vor einer kollektiven Herkulesarbeit, die wir per Delegation auch nicht wirklich abwälzen können. Die „Bürgeraktion Hilden“ würde sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Wir glauben, bereits mehrfach bewiesen zu haben, dass wir den Mut aufbringen können, Entscheidungen zu treffen, mit denen wir nicht überall nach Jubel spielen.

Der Erfolg dieser schwierigen Aufgabe, Hildens Finanzen in den Griff zu bekommen, gründet zu allererst darauf, dass alle politischen Kräfte im Rat mit ganzer Konzentration daran mitarbeiten und dass sich niemand in populistischer Manier ein Hintertürchen offenhält, durch das er vor wichtigen Wahlen mit ungedeckten Schecks winken kann. Von dieser unabdingbaren Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit ist jedoch weit und breit nichts zu sehen.

Der Haushalt 2010 hätte allen die Gelegenheit gegeben, den hoffnungsvollen Worten, mit denen der neue Rat frisch gestartet ist, endlich Taten folgen zu lassen. Doch die Bequemlichkeit, die populistisch darauf zielt, vor allem millionenschwere Wünsche zu erfüllen, um sich so die Zuneigung, wenn nicht gar die Stimmen der Menschen in Hilden mit fremdem Geld zu erkaufen, hat sich leider wieder einmal durchgesetzt.

Die „Bürgeraktion Hilden“ hatte sich den Start in die neue Wahlperiode finanzpolitisch anders vorgestellt. Wir hatten erneut allen Parteien Gespräche zur Ordnung der Finanzen angeboten, ohne Vorbedingungen. Nur die CDU war dazu bereit. Die SPD lehnte ab. Bei der FDP folgte auf das Ja eines Ratsherrn das kollektive Schweigen der Gesamtfraktion. Doch nachdem alle anderen Fraktionen am 03. März im Haupt- und Finanzausschuss noch nicht einmal bereit waren, der von uns vorgeschlagenen „weichen Schuldenbremse“ zuzustimmen, wird die harte Vollbremsung wohl unausweichlich werden. Wenn Sie das anders sehen, meine Damen und Herren von CDU, SPD, FDP, Grünen und dUH, dann können Sie das gleich von diesem Platz aus erklären.

Wir waren ernsthaft bereit, mit Ihnen allen zusammen einen Sparhaushalt 2010 aufzustellen und zu beschließen. Wir wollten dafür auch politisch die Verantwortung übernehmen. Aber für ein „Weiter so!“, von dem Sie alle sich offenbar einen kurzfristigen Vorteil versprechen, können und werden wir unsere Stimmen im Rat nicht geben.